

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Schriftleiter:  
Gris Hirschgras, Berlin.  
Verantwortl. Red. Sekret. 4120/4120



Redaktion für Druck und Verbreitung:  
Berlin O 20 61, Tele. Köpenick - Post 6  
Verlagshaus: Köpenick

Die Verbreitung erfolgt im Kollektiv.  
Der Inhalt ist nur ein Ausdruck der Meinung der Redaktion und nicht der Redaktion selbst.  
Der Inhalt ist nur ein Ausdruck der Meinung der Redaktion und nicht der Redaktion selbst.

Berlin, den 2. März 1933.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Treue um Treue.

Arbeiterschaft und Hitlerkurs.

SPD. In diesen Tagen fanden in Berlin bemerkenswerte Betriebsrätewahlen statt. Gewählt haben die Arbeiter und Angestellten der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) und der städtischen Gaswerke. Das Ergebnis der Wahlen wurde mit Spannung erwartet. Es kam ihm diesmal angesichts der politischen Hochspannung erhöhte Bedeutung zu.

Wir haben seit vier Wochen einen neuen Kurs in Deutschland, den Kurs der Hitlerregierung. Stündlich spüren die sozialdemokratischen Arbeiter die Folgen dieser vielgepriesenen Neuheit und trotzdem halten sie der freien Arbeiterbewegung die Treue. Bei der Bewag musterten die freien Gewerkschaften 3 034 Stimmen, die Kommunisten 156, die Nazis 83. Sämtliche 16 Mandate fielen wie vor zwei Jahren wieder an die freien Gewerkschaften. Bei den städtischen Gaswerken musterten die freien Gewerkschaften bei den Wahlen zum Arbeiterrat 12 Mandate gegen 10 vor 2 Jahren, die Kommunisten 6 gegen 8 und die Nazis 0. Also ein absoluter Misserfolg der Nazis unter den Arbeitern!

Dieser Misserfolg ist umso beachtlicher, als schliesslich die Nationalsozialisten während der letzten zwei Jahre einen phänomenalen Aufstieg zu verzeichnen hatten. Die psychologische Wirkung dieser Tatsache muss bei der Würdigung des Wahlergebnisses umso mehr in Rechnung gestellt werden, als jetzt im Reich eine Hitlerregierung am Ruder ist. Dass die Nationalsozialisten bei den Wahlen ausserordentliche Anstrengungen machten, um wenigstens einige Mandate zu erzielen, versteht sich von selbst. Sie haben ja gerade in diesem Augenblick ein besonderes Interesse daran, irgendwo und irgendwie einen Erfolg in den Reihen der Arbeiterschaft aufzuweisen. Erst dieser Tage empfing der Reichskanzler eine grössere Abordnung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, und dieser Empfang wurde nicht ohne Absicht von der Reichspressestelle der NSDAP besonders unterstrichen. Sie spricht davon, dass aus dem ganzen Reich die Delegierten der NSBO "als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft" nach Berlin gekommen seien. Vertreter der deutschen Arbeiterschaft? Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter sieht nicht in der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation ihre Vertretung. Die Betriebsrätewahlen bei der Bewag und bei den Berliner Gaswerken sind ein neuer Beweis dafür

Der freiorganisierte Arbeiter lehnt die Nazis ab. Sie haben nur bei der Angestelltenschaft, und auch da nur in bescheidenem Ausmass, Möglichkeiten, Fuss zu fassen. Das haben auch die Wahlen zum Angestelltenrat bei der Bewag und den Berliner Gaswerken gezeigt. Die Betriebsrätewahlen bestätigten, was die politischen Wahlen der letzten zwei Jahre aufgezeigt haben, nämlich dass die proletarisierten Schichten des Kleinbürgertums sich zum Teil den Nazis zugewandt haben, dass die Arbeiter dagegen geblieben sind was sie waren: unbeirrbar Kämpfer der freien Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiter gehen weder zu den Nationalsozialisten noch zu den Kommunisten. Sie neigen auch nicht unter äusserem Druck dem Bolschewismus zu, sondern finden zurück zur Demokratie, deren Wert und Bedeutung ihnen ja gerade jetzt deutlich genug demonstriert wird. Handgreiflich wird ihnen durch die Ereignisse klar gemacht, wie sinnlos und grundfalsch die kommunistische Politik war, die seit Jahren durch terroristische Kampfmethoden, durch ihren sturen Hass gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg geebnet hat.

Der neue Kurs wird noch vielen Arbeitern in Deutschland die Augen öffnen. Der deutsche Arbeiter sieht jetzt, wohin die Reise gehen soll; er sieht, dass man nicht nur dem "Marxismus", sondern den Gewerkschaften und zwar nicht nur den freien Gewerkschaften, sondern auch den christlichen Gewerkschaften - der selbständigen Gewerkschaftsbewegung überhaupt an den Kragen gehen will. Der deutsche Arbeiter pariert nicht der Gewalt. Er hält den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Treue. Wie für ihn, so gilt auch für uns die Lösung: Treue um Treue!

-----  
SPD. Recklinghausen, 2. März (Eig. Dr.)

Der Polizeikommandeur des Westens teilt mit, dass bis zum 2. März im Rheinlande etwa 1200 und in Westfalen etwa 800 Kommunisten in Haft genommen wurden. Die Aktionen dauern noch an.

Aus dem Siegerlande wird berichtet, dass der Versuch bewaffneter Kommunisten, an einen Gasometer zu gelangen, verhindert worden sei. Ein ähnlicher Fall wird aus dem Kreis Bergheim gemeldet.

-----  
SPD. Die Presseverbote, Haussuchungen und Verhaftungen als Folge der Regierungsmassnahmen mehren sich im gesamten Reichsgebiet zu solcher Fülle, dass sie einzeln kaum zu registrieren sind.

Zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen sind in Preussen aufgelöst oder verboten worden. U.a. eine Scheidemann-Versammlung in Wiesbaden. Zu dem am Erscheinen verhinderten Zeitungen tritt jetzt auch die "Leipziger Volkszeitung". In Bayern dürfen die "Münchener Post" und die "Fränkische Tagespost" - Nürnberg am Freitag wieder erscheinen. Verboten wurden hingegen in Ober- und Ostbayern zwei Naziblätter, weil sie die bayerische Regierung grob verleumdet und bedroht haben. In Berlin darf das Acht-Uhr-Abendblatt nach eintägigem Verbot wieder erscheinen. Es wurde versehentlich verboten.

In Thüringen ist über die sozialdemokratische Presse und Druckschriften die Vorzensur verhängt und das Tragen von Abzeichen der SPD, KPD, des Reichsbanners und der Eisernen Front untersagt worden; ebenso das Hissen roter Fahnen. 400 KPD-Funktionäre sitzen in Haft. Die SPD-Presse muss Auflagennachrichten der Regierung in jeder Form und Grösse gratis veröffentlichen.

Die Reichshauptstadt war in der Nacht zum Donnerstag wiederum der Schauplatz blutiger Ereignisse, die zwei Tote und fünf Schwerverwundete gefordert haben. Durch Schüsse in ein Arbeiterlokal wurde ein Gast getötet. Ein 25-jähriger kommunistischer Arbeiter ist in seinem Zimmer ermordet worden. Wiederum wurden rund 150 Kommunisten verhaftet und teilweise auf offenen Polizeiwagen rudelweise am hellen Tage in das Polizeipräsidium gebracht. Sprecherlaubnis wird den Angehörigen einstweilen nicht erteilt.

Im Rheinland sind viele Hundert Kommunisten verhaftet, darunter der KPD-Abgeordnete und Rechtsanwalt Obuch.

SPD. Die Reichsregierung hat beschlossen, den neuen Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche zu eröffnen. Keine Mühe und Kosten sollen gescheut werden, um die Militärkirche rechtzeitig herzurichten und auch die entsprechenden Nebenräume für die Presse bereitzustellen. In Berlin bestehen neben dem zur Zeit nicht verwendbaren Reichstag zwei andere grosse und moderne Parlamentsgebäude: der preussische Landtag und das ehemalige Herrenhaus. Wenn trotzdem die Garnisonkirche in Potsdam erwählt wurde, so soll damit der Gegensatz und die Abkehr von Weimar und der Weimarer Verfassung drastisch zum Ausdruck gebracht werden.

Die Rückkehr nach Potsdam und hinter die Zeit von 1914 veranschaulicht gleichzeitig eine Verordnung des preussischen Reichskommissars v. Pape, die die Behörden in Preussen der Verfassungspflicht entbindet, an staatlichen Feiertagen die schwarz-rot-goldne Fahne zu hissen. In Zukunft ist auf den staatlichen Gebäuden neben der preussischen Landesflagge die schwarz-weiss-rote Fahne gestattet. Ist das die nationalsozialistische Revolution oder die schwarz-weiss-rote Gegenrevolution?

-----

SPD. Stuttgart, 2. März (Eig. Drahtb.)

In Stuttgart verlangte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frank II in einer Wahlrede, dass auch in Württemberg "unverzüglich" wie in Preussen die sozialdemokratische Presse und Wahlaufrufe verboten würden. Weiter teilte er mit, dass er beantragt habe, Braun und Severing die Reisepässe zu entziehen. Schliesslich kündigte er an, dass auch mit bestimmten Blättern in Berlin und Frankfurt, wobei er auf die "Frankfurter Zeitung", "Berliner Tageblatt" usw. hinwies, werde aufgeräumt werden. Sie würden verschwinden müssen, es sei denn, dass sie "völlig legal" als nationalsozialistische Zeitungen weiter erscheinen würden. Auf jeden Fall werde sich der Nationalsozialismus von seinem Ziel nicht abbringen lassen, die Hakenkreuzfahne zur Staatsflagge des Deutschen Reiches zu machen.

-----

SPD. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, richtete unter dem 2. März folgendes Schreiben an den Berliner Polizeipräsidenten:

"Herr Polizeipräsident! Der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" Nr. 51 vom Mittwoch, den 1. März meldet:

"Wie das Berliner Polizeipräsidium schon im Laufe des gestrigen Abends mitteilte, wurden z.B. im Gebäude des "Vorwärts" grössere Mengen sozialdemokratischer Druckschriften hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt."

Ist vom Berliner Polizeipräsidium tatsächlich eine derartige Mitteilung an Pressevertreter ergangen und wenn ja, auf welche der beschlagnahmten Druckschriften bezieht sich die Behauptung des hochverräterischen Inhalts? Für schleunige Beantwortung dieser Fragen wäre ich dankbar. Otto Wels."

-----

SPD. Schwerin, 2. März (Eig. Drahtb.)

Das mecklenburgische Innenministerium hat am Donnerstag die sozialdemokratische Presse in Mecklenburg-Schwerin verboten. Das Verbot gilt für die Zeit vom 3. bis 9. März.

-----

An die Partei!

-----  
Genossinnen und Genossen!

SPD. In einem grossen Teil des Reiches ist unsere Werbearbeit für die Wahlen des 5. März völlig unterbunden. In anderen ist sie empfindlich eingeschränkt. Damit ist ein tatsächlicher Zustand geschaffen, wie er selbst zur Zeit des Sozialistengesetzes nicht bestanden hat.

Genossinnen und Genossen! Aus Verfolgungen hat unsere Partei stets neue Kraft geschöpft. Schon der 5. März muss die Wahrheit dieser alten Erfahrung bestätigen. Restlose Hingabe an unsere grosse heilige Sache, unermüdlichste Arbeit für sie ist mehr denn je Pflicht jedes Einzelnen. Was die gedruckte Wahlpropaganda, die Wahlversammlung, nicht leisten kann, wird die rührigste Propaganda von Mund zu Mund ersetzen.

Mögen unsere Gegner am 5. März erkennen, dass sie mit ihren Methoden nicht ihren Sieg vorbereiten, sondern den unsern.

Berlin, den 2. März 1933.

Freiheit!  
Der Parteivorstand.

-----  
SPD. Dessau, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die polizeiliche Schliessung der "Volksblatt"-Druckerei in Dessau ist am Donnerstag wieder rückgängig gemacht worden. Am Donnerstag nachmittag wurden die Siegel an den Türen der Druckerei entfernt.

-----  
SPD. Wir sind in der glücklichen Lage dem Herrn Reichskanzler Hitler auch einmal zustimmen zu können. Er hat in Breslau eine Rede mit dem schönen und unbedingt wahren Wort beendet: "Leben kann nur aus Freiheit geboren werden!" Kein Dichter und kein Staatsmann der Erde hätte besser die Notwendigkeit und den Urquell der Völker und Staaten darlegen können. Ohne Freiheit kein Leben, kein Aufstieg! Knechtschaft und Unterdrückung bedeuten Zerfall und Tod!

Leider widerspricht das, was heute in Deutschland geschieht, vollkommen den Worten und der Erkenntnis des Reichskanzlers. Wohin wir auch sehen, wir finden nur Unfreiheit. Von 192 sozialdemokratischen Tageszeitungen erscheinen gegenwärtig im Reich kaum noch 30. In Preussen ist die SPD-Presse restlos verboten; verboten sind ferner alle Wahlplakate, Flugblätter und selbst Propagandazettel. An den Plakatsäulen prangen in Riesenlettern die ungeheuersten Beschuldigungen und Anklagen gegen die Sozialdemokratische Partei. Das alles darf ohne den Schatten eines Beweises gesagt, damit darf für andere Parteien geworben werden. Die Sozialdemokratie darf nicht einmal darauf antworten, darf sich nicht einmal verteidigen, wie es seit Urzeiten selbst bei den primitivsten Völkern einem Mörder erlaubt werden musste!

Wenn der Reichskanzler recht hat mit seinen Worten und wir sind ausnahmsweise seiner Ueberzeugung, dann muss eine derartige Unfreiheit wie sie heute besteht zum Gegenteil von Leben führen: zum Absterben und Tod des Staats und Volkslebens.

-----

SPD. Breslau, 2. März (Eig. Drahtb.)

In Schlesien waren wieder schwere Ausschreitungen zu verzeichnen. Ein Reichsbannermann ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

In Oels misshandelten Mitglieder der SA-Hilfspolizei einen Tischler, der an der Unterkunft der Hilfspolizei ein Gitter anbringen wollte. Die SA-Leute glaubten in dem Handwerker einen Besucher einer Eisernen-Front-Versammlung wiederzuerkennen und schlugen den Wehrlosen mit Spaten nieder. Die Täter wurden verhaftet, der Tischler liegt mit bedenklichen Verletzungen danieder.

In der Nähe von Neurode versuchten SA-Leute eine geschlossene Gewerkschaftsversammlung zu stören. Als Reichsbannerleute den Redner nach Neurode zurückbrachten, wurden sie unterwegs von den gleichen Nationalsozialisten angefallen. Einem Reichsbannermann wurde der Schädel mit einer Übungs-Handgranate gespalten; er ist seinen furchtbaren Verletzungen erlegen. Drei Hakenkreuzler trugen leichte Verletzungen davon.

In Neumittelwalde, einem unmittelbar an der polnischen Grenze gelegenen Städtchen, drangen SA-Trupps in die Wohnung eines Sozialdemokraten ein und demolierten die Einrichtung. Die Wohnungen anderer Sozialdemokraten wurden von den Hakenkreuzlern regelrecht belagert.

-----

SPD. Im Rahmen der amtlichen Kampagne gegen die sozialdemokratische Presse ist dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" über Nacht die Konzession zur Führung von Presserundfunkgesprächen entzogen worden. Diese Massregelung, für die bis heute die Begründung noch aussteht, hat den "Sozialdemokratischen Pressedienst" zu folgendem Schreiben an den Reichspostminister veranlasst:

"In der Presse wird nach Mitteilungen von angeblich unterrichteter Seite festgestellt, dass dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" die Rundfunk-Konzession entzogen worden sei, weil er auch "reine für das Publikum bestimmte Agitationsmeldungen verbreitet" habe.

Uns ist eine Begründung für die Entziehung der Rundfunk-Konzession bisher nicht zugegangen. Sie, Herr Minister, haben uns lediglich wissen lassen, dass uns die Genehmigung "auf Verlangen der Reichsregierung" entzogen wurde. Warum wissen wir bis heute nicht. Wir erlauben uns deshalb die Anfrage, ob sich die Begründung, wie sie von "unterrichteter Seite" in der Presse zu finden ist, auf amtliche Informationen stützt oder warum die Reichsregierung zu einer Massregelung gegen uns gegriffen hat, die zahlreichen Arbeitern und Angestellten die Existenz kostet und die Reichspost jährlich um eine ausserordentlich hohe Einnahme bringt.

Wir benutzen die Gelegenheit zu der Feststellung, dass die in der Presse verbreitete Behauptung, der "Sozialdemokratische Pressedienst" habe in seinen Radiogesprächen "reine für das Publikum bestimmte Agitationsmeldungen verbreitet", ebensowenig der Wahrheit entspricht wie die Behauptung, dass der Brandstifter van der Lubbe mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung gestanden habe."

-----

SPD. Stuttgart, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die Polizeidirektion Heilbronn teilt mit, dass in der Zeit vom 24. Februar bis 1. März aus dem Sprengstofflager der Firma "Arbeitsgemeinschaft für den Neckar-Kanal-Durchstich" 42½ Kilogramm Gelatine-Donarit, 100 Sprengkapseln und 5 Rollen Guttapercha-Zündschnur entwendet worden sind. Die Verpackung des Materials trug die Aufschrift "Gelatine-Donarit, Nobel & Co., Hamburg". Anhaltspunkte für die Täter fehlen bisher.

Am Donnerstag wurden in Heilbronn etwa 40 Funktionäre und besonders aktive Mitglieder der Kommunistischen Partei in Schutzhaft genommen.

-----

SPD. Breslau, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidiums teilt mit, dass am Mittwoch abend ein kommunistischer Kurzwellensender von der Polizei in Breslau beschlagnahmt wurde. Als Grund der Beschlagnahme wird angegeben, dass Angehörige der KPD die Absicht gehabt hätten, die Uebertragung der Rede des Reichskanzlers aus der Jahrhunderthalle zu stören.

In Wirklichkeit wurden zwei Kurzwellensender des sozialdemokratischen Arbeiter-Radiobundes mit Beschlagnahme belegt. Für beide Apparate liegt seit langem die behördliche Genehmigung vor. Die Pressestelle der Breslauer Regierung teilt in Abweichung von den Angaben der Polizeipressestelle zu dem Vorgehen gegen den Arbeiter-Radiobund mit, dass die Beschlagnahme erfolgt sei, weil die Möglichkeit bestanden habe, dass die Besitzer die Geräte auch über den erlaubten Wellenbereich hinaus benutzen würden.

-----

SPD. Die Reichsregierung beschäftigte sich am Donnerstag u.a. mit der Haltung der Auslandspresse. Es wurde beschlossen, gegen Vertreter der ausländischen Presse Massregeln zu ergreifen, wenn sie böswillig gegen die deutsche Regierung hetzen.

Dieser Beschluss ist auf die Feindseligkeit zurückzuführen, die sich in einem Teil der Auslandspresse gegen die Reichsregierung breit macht. U.a. wurden fast überall Meldungen über den Reichstagsbrand verbreitet, die den amtlichen deutschen Nachrichten widersprechen. Man ist sogar nicht davor zurückgeschreckt, Zweifel an dem amtlichen Untersuchungsergebnis zu hegen und eine Regierungspartei mit dem Brand in Verbindung zu bringen.

Im englischen Unterhaus wurde am Mittwoch der Aussenminister gradezu mit Fragen über die Zustände in Deutschland bestürmt. Der konservative Abgeordnete Boothby wollte unbedingt wissen, was England zum Schutz seiner in Deutschland lebenden Staatsangehörigen zu tun gedenke, was es mit der neuen "Hilfspolizei" auf sich habe und dergleichen mehr. Kein Wunder, wenn die englische Öffentlichkeit gradezu in eine Panikstimmung über Deutschland geraten ist und die Zeitungen in grossen sehr kritischen Artikeln gegen die Reichsregierung und ihre Massnahmen Stellung nehmen.

In Amerika ist es ähnlich. "Evening Post" meint sogar, die Wahlen am 5. März hätten ihre Bedeutung verloren, denn sie seien keine faire Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus. "New York Times" ist der Ansicht, die Massnahmen der Regierung passten nicht zu dem Bild eines Eroberers, der vertrauensvoll seinem Sieg entgegenschreite.

-----

SPD. Gleiwitz, 2. März (Eig. Drahtb.)

In Gleiwitz erfolgten in sämtlichen Büros der freien Gewerkschaften polizeiliche Durchsuchungen. Die Nachforschungen verliefen ergebnislos.

-----

SPD. Am Donnerstag-Mittag wurde amtlich mitgeteilt, dass der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Chefredakteur des "Vorwärts", Friedrich Stampfer, in Haft genommen worden sei. Als diese Nachricht durch Rundfunk verbreitet wurde, befand sich Stampfer auf freiem Fuss. Die Polizei ist seiner auch bisher nicht habhaft geworden.

Die amtliche Verlautbarung über die Verhaftung Stampfers ist auf die Presseabteilung der Reichsregierung zurückzuführen. Sie stammt von dem nationalsozialistischen Leiter dieser Abteilung und hat ihren Ursprung in einer

entsprechenden Mitteilung des Reichsministers und Reichskommissars Goering in der Donnerstag-Sitzung des Kabinetts. Die Absicht der Verhaftung wird damit begründet, dass Stampfer in einer öffentlichen Erklärung zugegeben habe, dass Redakteure des "Vorwärts" die Auslandspresse über ihre Auffassung informiert haben, das Feuer im Reichstag könnte von nationalsozialistischer Seite angelegt sein.

-----

SPD. Stuttgart, 2. März (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag fand, wie amtlich mitgeteilt wird, im Stuttgarter Rundfunkhaus ein Störungsversuch des Rundfunkbetriebes in der Weise statt, dass ein unbekannter Mann plötzlich in einen öffentlich zugänglichen Vortragssaal, in dem englischer Sprachunterricht übermittelt wurde, mit dem Ruf "Nieder mit Hitler! Freiheit!" hineinstürzte. Der diensttuende Beamte schaltete sofort das Mikrophon ab und nahm die Verfolgung des Täters auf. Dieser flüchtete, indem er die Saaltür heftig zuschlug und vor dem Hause in einen dort stehenden Kraftwagen sprang, dessen Nummer noch festgestellt werden konnte. Die polizeilichen Ermittlungen sind aufgenommen.

-----

SPD. Der sozialdemokratische Abgeordnete des Landtags von Mecklenburg-Strelitz, Vogel, wurde am Donnerstag verhaftet, weil er anlässlich einer bei ihm und zwei anderen SPD-Abgeordneten vorgenommenen Haussuchung abfällige Bemerkungen über die neue Amtlichkeit gemacht haben soll. Vogel ist später wieder freigelassen worden.

Die preussischen Landräte, Kaiser-Hanau (SPD), Sachse-Spremberg (SPD) und Saling-Hoyerswerda (SPD) sind "beurlaubt" worden. Dem ersten Bürgermeister Buder-Spremberg ist die Polizeigewalt entzogen. Der SPD-Senator Kirch-Altona ist seines Amtes enthoben. Gleichzeitig wurde gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet. Grund: Beschuldigung des Naziblattes, Kirch hätte eigennützig bei einer Theatersubvention gehandelt. Der Magistrat Altona hat durch Anschlag an den Litfassäulen bekanntgegeben, dass er beabsichtige, gegen die Urheber der Anschuldigung Klage einzureichen; zugleich hat er eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung beantragt.

-----

SPD. Karlsruhe, 2. März (Eig. Drahtb.)

Das badische Innenministerium teilt mit, dass bis auf weiteres auf Ersuchen des Reichsinnenministers alle kommunistischen periodischen Druckschriften sowie alle kommunistischen Versammlungen und Umzüge verboten sind. Alle kommunistischen Druckschriften, Plakate und Flugblätter sind beschlagnahmt worden.

-----

SPD. Paris, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion wird sich am nächsten Mittwoch mit dem Rücktritt Léon Blums vom Vorsitz befassen. Inzwischen ist Léon Blum von der Fraktion das Vertrauen ausgesprochen worden. Er wurde zugleich gebeten, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

-----



... nur persönlich einwandfreie, zuverlässige, national eingestellte Deutsche im Alter von 21 bis 45 Jahren eingestellt werden, die ortsansässig sind und eine Ausbildung mit der Schusswaffe nachweisen.

-----

SPD. Der sozialdemokratische Lübecker "Volksbote" ist auf 14 Tage verboten worden.

-----

SPD. Karlsruhe, 2.März (Eig.Drahtb.)  
Der sozialdemokratische "Volksfreund" in Karlsruhe ist auf drei Tage, der sozialdemokratische "Volkswille" in Singen auf zwei Tage verboten worden. Gegen zwei badische Zentrumsblätter, darunter das Hauptblatt des badischen Zentrums, der "Badische Beobachter", war vom Reichsinnenminister ein Verbot von acht Tagen verlangt worden. Die badische Regierung rief dagegen die Entscheidung des Reichsgerichts an, das die Verbotsdauer auf drei Tage herabsetzte.

-----

SPD. Breslau, 2.März (Eig.Drahtb.)  
Die Beerdigung des kürzlich erschossenen Neisser Reichsbannermannes Arbeiter gestaltete sich zu einer gewaltigen Willenskundgebung der Neisser Arbeiterschaft. Christliche, freie und kommunistische Gewerkschaften beteiligten sich geschlossen an dem Trauerzuge. Von 12 bis 17 Uhr hatten die Belegschaften in sämtlichen Grossbetrieben der Stadt Neisse sowie des Preussischen Hoch- und Tiefbauamtes die Arbeit eingestellt. Auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk war in dieser Zeit stillgelegt.

-----

SPD. Genf, 2.März (Eig.Drahtb.)  
Die politische Kommission der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag die von Frankreich geforderte Formel eines Abkommens gegen Gewaltanwendung unter den europäischen Staaten angenommen. In dem Abkommen heisst es, dass die Regierungen unter keinen Umständen untereinander zur Gewalt als Werkzeug nationaler Politik greifen werden.

-----

SPD. Die sozialdemokratische "Bremer Volkszeitung" ist auf Veranlassung des Reichsinnenministers auf acht Tage verboten worden.

-----

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Historische Erinnerungen.  
-----

SPD. Am 24. Mai 1878 lehnte der Reichstag Bismarcks erstes Sozialistengesetz ab. Die Sozialdemokraten begnügten sich, durch Lieb knecht folgende Erklärung abgeben zu lassen:

"Der Versuch, die Tat eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die "moralische Urheberschaft" des Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurteilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffasst, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurteilslosen Menschen, dass wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Debatte des dem Reichstage heute vorliegenden Ausnahmegesetzes teilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie kommen mögen, in diesem Entschluss erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das Unrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstages aus, wie sie wolle, die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewusstsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht."

Gewissenlose Verbrecher.  
-----

"Vorwärts", Nr. 138, 23. März 1921 beim Ausbruch des kommunistischen März aufstandes: "Soweit man aus den bisher aus Mitteldeutschland eingelaufenen Nachrichten sich ein Bild über die Lage machen kann, wird die Annahme, die von vornherein starke Wahrscheinlichkeit für sich hatte, bestätigt, dass es sich nicht um revolutionäre Taten der Arbeiterschaft oder um eine wirtschaftliche Bewegung handelt, sondern dass von gewissenlosen Verbrechern Anschläge auf öffentliche Gebäude und Verkehrsanlagen verübt werden, um die Öffentlichkeit in Verwirrung zu bringen und die allgemeine Erregung zu steigern."

Zum Vorteil der Reaktion.  
-----

"Vorwärts", Nr. 139, 24. März 1921 zum März aufstand der KPD: "Die Vermutung muss daher notgedrungen dahin gehen, dass politische Hitz- und Wirrköpfe die Täter gewesen sind. Gegen diese Annahme streitet freilich das Argument, dass derartige Attentate vom politischen Standpunkt aus das Dümme und Sinnloseste sind, was sich denken lässt. Sie können nur dazu dienen, um haufenweise der Reaktion Anhänger in die Arme zu treiben. Gerade dadurch, dass zumeist ganzlich unschuldige Personen die Opfer solcher Schurkentaten werden, erregen diese nur Hass und Erbitterung gegen die Täter, einen Hass, der viel wuchtiger wirkt, als die etwa dadurch erzielte Einschüchterung. Dieser Vorteil für die Reaktion ist in die Augen springend!

## Kehrt den Putschisten den Rücken.

-----

"Vorwärts" Nr.139, 24.März zum KPD-Putsch: "Die krampfhaft herbeigezwungene kommunistische Revolution ist nun da. Keine spontane revolutionäre Erhebung, sondern ein Krampf, ein paar blutige Zusammenstöße ohne Ziel und Zweck, eine Reihe sinnloser Zerstörungsakte, deren materiell politische Wirkung gleich Null ist und deren moralische Wirkung sich restlos gegen die Arbeitersache richtet. Moskaus Gebot ist erfüllt, als gehorsamer Knecht hat die V.K.P.D. den befohlenen Aufstand herbeigeführt, aber wegen der Gewalttätigkeit der Entstehung ist er auch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Kehrt diesen Putschisten den Rücken, ehe es zu spät ist! Lasst Euch nicht in den Wahnsinn hineinziehen, dessen unvermeidliche Folge Niederlage und Vernichtung zahlloser Existenzen ist. Nicht Dynamit und sinnlose Gewalt, sondern Organisation und ruhiges, zielbewusstes Vorwärtsschreiten sind die siegreichen Waffen der Arbeiterklasse!"

## Zorn über die Provokateure.

-----

"Vorwärts" Nr.140, 24.März 1921 zum KPD-Putsch: "Zu Bismarcks Zeiten gab es kein sozialdemokratisches Organ, das die delirierende Putschsprache führte wie heute die "Rote Fahne" - mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme war die in London erscheinende "Freiheit" des späteren Anarchisten Most. Most wurde wegen seiner Haltung sehr bald aus der Partei ausgeschlossen, und es stellte sich heraus, dass das Geld seines Hetzblattes von dem Bismarckschen Polizeiagenten Engel stammte, dass Most intimster Mitarbeiter und Redakteure Spitzel im Solde Bismarcks waren.

Wenn die "Rote Fahne" diesen Vergleich auf sich nehmen will, wir sind zufrieden. Wir betonten hier gern und laut, dass das Delirium der "Roten Fahne" mit dem Delirium der Most'schen "Freiheit" vor einem Menschenalter eine verblüffende Familienähnlichkeit hat. Und wenn gleiche Wirkungen auf gleiche Ursachen zurückzuführen sind, so mag sich jeder über die Ursachen seine eigenen Gedanken machen.

Wer die heutige Morgenpresse verfolgt, kann eins feststellen: Jauchzende Freude aller Reaktionäre über dies unverhoffte Ostergeschenk. Die Wonne guckt aus jeder Zelle hervor, mit der diese Blätter energisches Einschreiten, rücksichtsloses Niederschlagen des Putsches und grösste Strenge fordern. Angst hat die Reaktion gar nicht, weil sie genau das Kräfteverhältnis kennt. Aber freudig erregt ist sie, weil die kommunistische Putschtaktik ihr ungeahnte Zutreiberdienste leistet. Diesen einen "Erfolg" werden die kommunistischen Putschhelden - wie aus jedem Putsch bisher - davontragen: Arbeiterblut zur Stärkung der Reaktion geopfert zu haben.

## Verantwortung!

-----

Paul Levi als Kommunist nach dem Märzputsch in der Broschüre "Unser Weg": Kann in Deutschland noch einmal eine kommunistische Partei aufgebaut werden, so verlangen die Toten in Mitteldeutschland, in Hamburg, im Rheinland, in Baden, in Schlesien, in Berlin, verlangen die vielen Tausende von Gefangenen, die das Opfer dieses bakunistischen Wahnsinns geworden sind, so verlangen sie alle angesichts der Vorgänge der letzten Woche: "Niemals wieder!" Es versteht sich von selbst, dass das Wüten des weissen Schreckens nicht der Mantel sein darf, hinter dem die Verantwortlichen sich ihrer politischen Verantwortlichkeit entziehen."

-----

# Das verkohlte Skelett

Das verkohlte Skelett.

-----  
Wer hat die Leiche aus der Anatomie gestohlen?

SPD. New York, Ende Februar (Eig. Ber.)

In Amerika erregt augenblicklich ein geheimnisvolles Verbrechen grosses Aufsehen. Mord und Erbschleicherei bildeten das Hauptthema der seltsamen und phantastischen Affäre. Dass in der Hintertreppengeschichte auch ein lebender Leichnam und ein Mörder, der gar kein Mörder ist, herumspuken, vervollkommen diesen Kriminalroman aus der amerikanischen Wirklichkeit.

## Der einsame Farmer

In einem kleinen Ort im Staate Virginia lebte ein reicher Farmer namens Hastings völlig abgeschieden in seiner Villa. Zu den wenigen Gästen, die das Haus des Sonderlings betreten durften, gehörte der Neffe des Farmers: Jim Collier, Gärtner von Beruf, ein nicht gerade sehr aufgeweckter, aber wohl herzensguter Bursche. Der Alte hatte ihn ins Herz geschlossen; kein Wunder, dass er ihn als Alleinerben seines Riesenvermögens einsetzte.

Aber Mister Hastings hatte noch einen anderen Neffen, einen gewissen Edgar Field, der ganz und gar nicht davon entzückt war, bei der Millionenerbschaft leer auszugehen. Er hatte im geheimen seine Augen auf die Erbschaft gerichtet und beschloss, durch einen einzigartigen Gewaltstreich den Universalerben um seine Millionen zu prellen.

## Maskierte Räuber!

Vor einiger Zeit starb der alte Erbonkel. Die Uebergabe seines Vermögens an den Universalerben Collier war bereits in die Wege geleitet, aber das entscheidende Dokument vom Notar noch nicht ausgehändigt worden. Wenige Tage vor der Testamentsübergabe ereignete sich nun in der Wohnung des Jim Collier ein Verbrechen, das wegen seiner Begleitumstände ungeheure Empörung hervorrief. Bei Nacht und Nebel drangen maskierte Räuber in das Haus ein und entführten den Universalerben.

Am anderen Morgen wurde in einer verbrannten Hütte im Walde ein völlig verkohltes menschliches Skelett gefunden. In der Nähe lagen Papiere, die auf den Namen Jim Collier lauteten. Allgemein nahm man an, dass die Räuber den armen Erben nach seiner Entführung in der Hütte verbrannt hätten. In allen Zeitungen Amerikas erschienen spaltenlange Berichte über das grauenvolle Verbrechen. Die Ermordung des jungen Gärtners wurde zum Tagesgespräch. Das Vermögen, das ihm zugedacht war, fiel nunmehr Edgar Field zu. Seltsam erschien nur, dass Field nicht vor Gericht erschien, um seine Ansprüche geltend zu machen.

## Jim Collier gefangen?

Kaum hatten sich die Gemüter beruhigt, als die Affäre eine sensationelle Wendung nahm. Die Anatomie des Staates Virginia erstattete Anzeige, dass in der Mordnacht aus dem Schauhaus eine Leiche gestohlen worden sei. Ein findiger Kriminalist fand bald die Lösung des Rätsels. Der Mann, der in der Waldhütte verbrannt aufgefunden wurde, war garnicht Jim Collier. Die verkohlten Menschenreste stammten von der aus der Anatomie gestohlenen Leiche. Wo aber war nun der Universalerbe geblieben? Der lebende Leichnam, der offiziell bereits für tot erklärt worden war, konnte nirgends mehr gefunden werden. Auch Edgar Field, der wahrscheinlich als der Urheber des schaurigen Dramas anzusprechen

ist, blieb verschwunden.

Der Mörder, der gar kein Mörder ist, und der Tote, der offenbar immer noch lebt und irgendwo gefangen gehalten wird - sie beide werden jetzt von der Polizei fieberhaft gesucht. Die amerikanische Oeffentlichkeit ist gespannt darauf, in welcher dramatischen Weise sich das Schlusskapitel dieses Schauerromans aus der Wirklichkeit abrollen wird.

-e.

+ + +  
Seiffert=Prozess. Im Dessauer Seiffert=Prozess ist die Verteidigung be= strebt, durch die Vernehmung der Zeugen die Handlungsweise des des Mein id= angeklagten Bankiers mit politischen Motiven zu erklären, um sie auf diese Wei= se amnestiefähig zu machen. Der volksparteiliche anhaltische Landtagsabgeord= nete Dr. Eisenberg sagte in Uebereinstimmung mit dem gleichfalls als Zeugen vernommenen Staatsminister a.D. Jansch aus, dass Seifferts Zuwendungen an die Abgeordneten Günther und Marzahn erst nach der dritten Lesung der Preussage= Vorlage erfolgt seien.

+ + +  
Freitod. Der bekannte Berliner Gastronom Fritz Unger, ehemals Besitzer mehrerer grosser Berliner Caféhäuser, hat sich mit Morphium vergiftet. Wirt= schaftliche Schwierigkeiten trieben ihn zu der Verzweiflungstat. An dem gross= zügig umgebauten Grunewald=Lokal "Krumme Lanke" hat er alles Geld verloren, das ihm die anderen Lokale eingebracht hatten. Schliesslich war er gezwungen, die gesund gebliebenen Unternehmungen an ein anderes grosses Per iner gastro= nomisches Unternehmen abzustossen. Die Aussicht, aus der gastronomischen Füh= rerrolle, die er in Berlin hatte, verdrängt zu sein und Geschäftsführer sei= nes eigenen Betriebes zu werden, hatte ihn in seiner Ehre, wie er kurz vor sei= nem Tode erklärte, tief verletzt.

+ + +  
75 000 Mark=Gewinn. In der Donnerstag=Ziehung der Preussisch=Südent= schen Klassenlotterie entfiel auf Los Nr. 105 108 ein Gewinn in Höhe von 75 000 Mark. Die glücklichen Gewinner wohnen im Rheinland. Sie spielen das Los in beiden Abteilungen in Achtern.

+ + +  
Vitamin C! Dem Göttinger Privatdozenten für anorganische Chemie, Dr. Fritz Michael, ist es gelungen, das Antiskorbut-Vitamin C in seiner chemi= schen Struktur darzustellen. Dieses Forschungsergebnis dürfte für die Praxis sehr wesentlich werden.

+ + +  
§218. Das altmärkische Schwurgericht in Stendal verurteilte die Ehe= frau Anna Bellung aus Stendal wegen gewerbsmässiger Abtreibung in sechs Fäl= len zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

+ + +  
Hintze=Prozess. Am Montag, den 13. März beginnt vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin die Verhandlung gegen den Bankier Wilhelm Hintze, der am 23. Oktober vorigen Jahres ein Revolverattentat auf seine Ehefrau, die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, verübt hat. Gertrud Bindernagel ist am 3. November den Verletzungen erlegen. Die Anklage lautet auf Totschlag.

+ + +  
Vulkan in Tätigkeit. Der Andenvulkan Sumaco ist ausgebrochen. Auf wei= teste Entfernung ist die unheil kündende Rauch= und Feuersäule zu sehen.

+ + +  
Rauschgift=Schmuggel. In Enschede an der deutsch=niederländischen Gren= ze wurden vier Morphium= und Kokainschmuggler festgenommen.

-----



## Verfehlte Agrarpolitik.

Konsumenten durch Preisstützung mit 2 bis 3 Milliarden belastet.

SPD. Das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung hat eine wertvolle Arbeit über den Verlauf der landwirtschaftlichen Konjunktur im Jahre 1932 und über die Aussichten für die Landwirtschaft im nächsten Jahr veröffentlicht, die dazu angetan ist, Aufklärung über die Fehler des gegenwärtigen agrarpolitischen Kurs der Regierung in das deutsche Volk zu tragen.

In der Arbeit des Instituts begegnen wir die Feststellung, dass die Preise für die Erzeugnisse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft (Fleisch, Milch, Butter) bisher stärker gesunken sind als die Getreidepreise. Dafür wurden die Getreidepreise auch mit Steuergeldern gestützt. Andererseits muss die Bevölkerung, der man Löhne und Gehälter kürzt und der man überteuerte Preise diktiert, auf Fleisch, Butter und Milch verzichten, während sich der Brotverbrauch nicht nennenswert einschränken lässt. Deshalb ist auch die Produktion von Getreide gestiegen, während die Fleischerzeugung infolge der Konsumschrumpfung abebbte.

Die gesunkene Kaufkraft der Verbraucher hat einen beträchtlichen Verbrauchsrückgang bei Weizenmehl (Kuchen), Braugerste (Bier), Zucker, Frischmilch und Fleisch verursacht. Auch der Butterkonsum ist gegenüber dem Vorjahr um 7 % gefallen, dagegen ist der Verbrauch an billigen Speisefetten wie Margarine und Schmalz gestiegen. Der Verbrauch an Roggenbrot und Kartoffeln dagegen dürfte sich kaum verändert haben.

Trotz der gesunkenen Agrarpreise ist die Lage der deutschen Landwirtschaft immer noch viel besser als die der Landwirtschaft in anderen Ländern. Die Spanne zwischen Agrar- und Industriepreise ist in Deutschland beträchtlich geringer, weil die meisten Agrarpreise in Deutschland infolge der staatlichen Schutzmassnahmen weit über Weltmarktpreisen liegen. Wir sind neugierig, was die Marxistenhetze, die auch den Marxisten den Vorwurf macht, die Landwirtschaft ruiniert zu haben, zu dieser wissenschaftlichen Feststellung sagt? Tatsache ist allerdings, dass die höheren Preise, die die deutsche Landwirtschaft gegenüber der Landwirtschaft anderer Länder erhält, auf die Verbraucher stark drücken. Die deutschen Verbraucher tragen dadurch eine Last zu Gunsten der Landwirtschaft, die 2 bis 3 Milliarden Mark pro Jahr ausmacht.

Die Frage ist nur die, wie lange die deutschen Verbraucher das aushalten werden?

Die bisherigen Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen, die Erhöhung der Zölle und die Absperrung der Einfuhr, fangen an, sich totzulaufen. Bisher fühlte die Landwirtschaft die Konsumschrumpfung noch nicht so stark, weil die Einfuhr stark gedrosselt wurde. Mit der Steigerung der Inlandsproduktion und der damit immer näher rückenden Selbstversorgung beginnt die Verbrauchsschrumpfung aber in stärkerem Masse als bisher auf die Preise zu drücken. Bei Fleisch, Kartoffeln und Zucker ist die Selbstversorgung schon eingetreten, ebenfalls wird auch bei Getreide mit keinem Einfuhrbedarf zu rechnen sein, solange die Getreidepreise weit über den Preisen für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse stehen und damit der Getreidebau immer mehr an Boden gewinnt. Bei anhaltender

Krise wird der notwendige Preisausgleich nur durch Absinken der Getreidepreise ermöglicht werden können, da eine nachhaltige Hebung der Preise für tierische Veredelungsprodukte infolge der fehlenden Kaufkraft unwahrscheinlich ist.

Die Versuche der jetzigen Machthaber, den noch bestehenden Rinfuhrbedarf an Schmalz und Rohstoffen für die Margarineproduktion im Inland zu decken, werden von dem Institut sehr skeptisch beurteilt. Mit einer Steigerung der Schmalzproduktion ist auch eine Steigerung der Schweinefleischproduktion verbunden, die zu einem Druck auf die Fleischpreise führt, so dass die Landwirtschaft bei den Fleischpreisen verliert, was sie bei dem Schmalzverkauf gewinnt. Die Deckung des Speisefettdefizits in Höhe von 700 000 t durch eine Erhöhung des Oelfruchtanbaues in Deutschland wird ebenfalls nicht möglich sein. Der Anbau von Raps, Flachs und Mohn ist unrentabel, weil diese Oelfrüchte sehr unsicher im Ertrage sind und von den Landwirten nur ungern angebaut werden. Nur durch riesige Subventionen ist die Ausdehnung des Oelfruchtanbaues möglich. Diese jedoch müssen von den Verbrauchern in Form von höheren Margarinepreisen bezahlt werden, was bei der beschränkten Kaufkraft der breiten Massen entweder zu einem Minderverbrauch an Nahrungsmitteln, also zu einer weiteren Verelendung, oder zu einer weiteren Senkung der Preise für agrarische Erzeugnisse führt.

Abschliessend wird festgestellt, dass eine durchgreifende Besserung für die Landwirtschaft nur von einer nachhaltigen Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage erwartet werden kann. Dieser durchaus richtigen Feststellung fügen wir hinzu, dass eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht, wie Herr Hugenberg glaubt, durch eine Stärkung des Binnenmarktes, d.h. Erhöhung der agrarischen Preise, sondern nur durch eine Wiedereinstellung der Arbeitslosen und Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen erlangt werden kann. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen durch eine vernünftige Aussenhandelspolitik und nicht durch eine sture Autarkie, wie es die Deutschnationalen und Nazis wollen.

-----

SPD. Der Reichsbund deutscher Mieter richtet in letzter Stunde einen dringenden Appell an den Reichskanzler und die Reichsregierung, die Mieter vor drohender Obdachlosigkeit zu schützen. Gefordert wird der baldige Erlass einer Notverordnung, durch die das Wohnungsmangelgesetz über den 1. April 1933 hinaus verlängert wird.

Zur Begründung dieses Appells führt der Reichsbund u.a. folgendes aus: "Infolge des Ausserkrafttretens des Wohnungsmangelgesetzes haben die Gemeinden ab 1. April 1933 nicht mehr das Recht zur Unterbringung von exmilitierten Arbeitslosen usw., insbesondere auch von kinderreichen Familien, Raum zu beschlagnahmen und den Abschluss eines Zwangsmietvertrages zu veranlassen. Ferner haben die Gerichte nicht mehr das Recht, dem zur Räumung verpflichteten Mieter Ersatzräume zuzubilligen. Vom 1. April 1933 ab ist also jeder Mieter darauf angewiesen, sich eine Wohnung frei zu mieten, selbst wenn in der betreffenden Gemeinde Wohnungen, insbesondere Kleinwohnungen, überhaupt nicht oder nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben sind. In der Umgegend der Grosstädte wohnen infolge der Schrumpfung des Einkommens, verschärft durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, bereits Zehntausende von Familien in unzulänglichen "Lauben", weil die Miete selbst für eine Flendswohnung nicht mehr zu erschwingen war. Dazu kommt eine merkbare Tendenz zur Erhöhung der Mieten gerade für Klein- und Kleinstwohnungen, die eine freie Ermietung von Wohnungen nach dem Fortfall der Bewirtschaftung des Wohnraumes weiter erschweren und gerade den bedürftigsten Mietern unmöglich machen wird."

Der Bund Deutscher Mietervereine ersucht in einer Ringabe an die Reichsregierung, die baldige Herausgabe eines sozialen Mietgesetzes veranlassen zu wollen.

In der Begründung dieser Eingabe wendet sich der Bund Deutscher Mietervereine mit aller Schärfe gegen die Agitation der Hausbesitzer und widerlegt diese Punkt für Punkt. Der Bund Deutscher Mietervereine charakterisiert diese Agitation wie folgt: "Die Hausbesitzerorganisation und die ihr nahestehenden Banken- und Wirtschaftsgruppen die unter anderem Namen jedoch immer wieder der Hausbesitz selbst darstellen, bearbeiten die Regierung und die Öffentlichkeit in immer steigenderem Masse, um den Mietern den notwendiger als je zu gewährenden Schutz wieder zu nehmen, um sie damit jeder Willkür preiszugeben. Wir verwahren uns gegen diese einseitige Beeinflussung. Sie ist nicht geeignet, die unbedingt notwendige Volksversöhnung anzubahnen."

Es ist nicht daran zu zweifeln, dass sich nach dem 1. April 1933 die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt katastrophal gestalten werden. Die Gemeinden sind, wie die Dinge liegen, nicht in der Lage, Hilfe zu bringen. Die gegenwärtige Regierung hat aber bis jetzt den dringenden Wünschen der Mieterorganisationen und der Gemeinden nicht entsprochen. Wir befürchten, dass diese Regierung nicht auf die Mieter, sondern auf die Hausbesitzer hören wird. Der Mieter hat am 5. März die Gelegenheit, gegen dieses Unrecht zu protestieren, indem er Liste 2, Sozialdemokraten, wählt.

---

SPD. Der Reichsbankausweis für die 4. Februarwoche weist eine Sensation auf.

Die Beanspruchung an den Reichsbankkredit, der durch die Wirtschaft in der letzten Februarwoche erfolgte, liegt weit über dem Stand der letzten Monate. Während sich z.B. die Ausleihungen der Reichsbank in der 4. Januarwoche um 2 996 Millionen vermehrten, liegt für die 4. Februarwoche eine Steigerung der Ausleihungen um rund 3 140 Millionen Mark vor. Von der Steigerung fallen nur rund 165 Millionen Mark auf den Wechselkredit, dagegen aber 203 Millionen Mark auf den Lombardkredit. Auch der Geldumlauf hat sich in der 4. Februarwoche, um etwa 5 Millionen Mark erhöht. Es ist nicht ersichtlich, worauf die Sensation des letzten Reichsbankausweises beruht. Allerdings tritt im Februar immer eine Steigerung der Ausleihungen gegenüber dem Stand von Januar ein. Diese Tatsache aber reicht zur Erklärung nicht aus. Ausreicht wohl auch nicht der Hinweis, dass möglicherweise die Reichsbank bereits für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Angriff genommen worden ist.

Die Währungsreserve ist mit 920,2 Millionen Mark im grossen und ganzen unverändert geblieben. Die Deckung ging von 29,6 % in der 3. Februarwoche auf 27,4 % in der 4. Februarwoche zurück.

---

SPD. Der Umsatz der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG) hat auch im verflossenen Jahre unter den Krisenwirkungen gelitten. Er erwies sich aber verhältnismässig widerstandsfähig.

Der Gesamtumsatz bei der GEG stellt sich für das Jahr 1932 auf 339,83 Millionen Mark gegenüber 428,42 Millionen Mark im Jahre 1931. Der Höchstumsatz der GEG wurde im Jahre 1929 mit 501,38 Millionen Mark erreicht. Die dem Zentralverband Deutscher Consumvereine angeschlossenen 949 Vereine (im Jahre 1931 = 968 Vereine) hatten im Jahre 1932 einen Umsatz von 780,93 Millionen Mark (im Jahre 1931 = 1 047,48 Millionen Mark). Danach liefen im Jahre 1932 rund 43,52 % des Umsatzes der Consumvereine über die GEG. Im Jahre 1931 waren es 40,90 %. Der Umsatz der Produktivbetriebe der GEG machte im Jahre 1932 rund 129,43 Millionen Mark aus (im Jahre 1931 = 145,33 Millionen). Danach wurden im Jahre 1932 = 16,57% des Umsatzes der Consumvereine bei den

GEG=Produktivbetrieben gedeckt. Der Anteil machte im Jahre 1929 = 9,97 % aus, im Jahre 1930 = 11,35 und im Jahre 1931 = 13,87 % aus. Von dem Umsatz der GEG entfielen im Jahre 1932 = 38,09 % auf die GEG=Betriebe (1929 = 27,79 % und 1931 = 33,92 %.)

---

SPD. Die gross angekündigte Aktion der Reichsregierung zur Verbilligung der Hühnerfuttermittelkosten besteht darin, dass den Hühnerhaltern, sofern sie nicht im Jahre 1932 = 1 Hektar Weizen oder Sommergerste angebaut haben, für jedes bezugberechtigte Tier 7 Kilogramm Kaminweizen (d.h. rotgefärbten Weizen) geliefert wird. Dieser Kaminweizen soll um 70 Mark pro Tonne verbilligt werden. Die Massnahmen sind ausgesprochene Massnahmen zur Stützung der überbeurten Weizenpreise. Der Hühnerhalter selbst kommt auf Grund dieser Massnahmen über seine Schwierigkeiten nicht hinweg.

Die Reichsregierung hat erst mit dem Gelde der Steuerzahler die Weizenpreise in die Höhe getrieben und ungeheure Mengen Weizen aufgekauft. Dieser Weizen wird nun rot gefärbt und an die Hühnerhalter geliefert. Erst treibt man also die Futtermittelpreise durch Stützungsmassnahmen, Maismonopol usw., in die Höhe, um hinterher mit öffentlichen Geldern den zum Zwecke der Preisstützung überbeurten aufgekauften Weizen zu verbilligen. Dem Verbraucher aber, mit dessen Geld die Aktion durchgeführt wird, mutet man zu, für Eier einen Preis zu zahlen, der durch Zoll wesentlich verteuert ist. Dass diese Methoden früher oder später Schiffbruch erleiden müssen, versteht sich von selbst.

---

#### Gemüsemarkt.

---

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl 6,50 - 12, Rotkohl 4,5 - 6, Rosenkohl Ia 25 - 28, Mohrrüben gewaschen 3,75 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2,50 - 3,50, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 20 - 24, Kettiche je nach Grösse Schock 3,50 - 5, Radieschen Schockbd. 1 - 1,50, Petersilie grün je nach Bundgrösse 100 Bd. 2,50 - 10, do. m. Wurzel je nach Qual. 50 kg 4 - 8, Spinat rhein. 18-20, Edel-Champignons weiss Ia 100 - 110, Zwiebeln sortiert grosse 4,50 - 5,50, do. unsortiert 4,25 - 5.

---

#### Amtliche Eiernotierungen.

---

SPD. Die amtliche Berliner Eiernotierungskommission gibt bekannt: Da die Marktlage ungeklärt und nicht zu übersehen ist, musste heute von einer Preisnotierung Abstand genommen werden.

---

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, Rote Kartoffeln 1,25 - 1,35, Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,50 - 1,65 RM.

---

Nach der Eosinaktion.

-----  
(Berliner Getreidebörse vom 2.März.)

SPD. Die angekündigte Aktion der Reichsregierung, wonach der Eosinweizen für Hühnerhalter in beschränktem Ausmass um rund 70 Mark pro Tonne verbilligt wird, hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Berliner Getreidebörse. Auf dem Promptmarkt konnten die Stützungsstellen den Roggenpreis um 1 Mark in die Höhe treiben. Dagegen stellten sich auf dem Lieferungsmarkt die Preise für Weizen und Roggen nur um 50 bis 75 Pfennige höher. Das Mehlgeschäft lag auch am Donnerstag unlustig. Trotzdem wurden die Notierungen für Weizen- und Roggenmehl erhöht.

	<u>1.3.</u>	<u>2.3.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	198 - 200	198 - 200
Roggen	153 - 155	154 - 156
Braugerste	172 - 180	172 - 180
Futter- und Industrieroggen	163 - 171	163 - 171
Hafer	125 - 128	125 - 128
Roggenmehl	20,90-22,75	21,00-22,85
Weizenmehl	23,50-27,00	24,00-27,15
Weizenkleie	8,70- 9,00	8,75- 9,00
Roggenkleie	8,75- 9,00	8,75- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 214 - 214 $\frac{1}{2}$  - 214  
(Vortag 213 $\frac{1}{2}$ ), Mai 216 $\frac{1}{2}$ -217-216 $\frac{1}{2}$  (215  $\frac{3}{4}$ ). Roggen März 168  $\frac{3}{4}$ -169 (168),  
Mai 170  $\frac{3}{4}$ -171-170  $\frac{3}{4}$  (170). Hafer März 131 (131  $\frac{3}{4}$ ), Mai 137-136 $\frac{1}{2}$  (137).

-----  
Buttermarkt.  
-----

SPD. Berliner Butterpreise vom 2.März. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als stetig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I.Qualität 89 RM, II.Qualität 82 RM und abfallende Ware 75 RM.

-----  
Berliner Milchpreis.  
-----

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 3.bis 9.März. 1.Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,5 Rpf je Liter, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf je Liter. 2. a) Werkmilch 6,5 Rpf je Liter, b) tiefgekühlte Werkmilch 7 Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag den 3.März auf 74 % festgesetzt.



## Bedrohung der Gewerkschaften.

---

SPD. Wir leben in einer merkwürdigen Zeit. Erleuchtete Geister haben es sich in der Kopf gesetzt, den deutschen Arbeiter durch Stockprügel zum Patrioten zu erziehen. Das ist ein nach jeder Richtung hin sinnloses Experiment. Zunächst braucht man den deutschen Arbeiter überhaupt nicht zur Vaterlandsliebe zu erziehen, jedenfalls nicht den organisierten. Der Prügelpädagoge aber war von jeher der schlechteste Pädagoge. Durch Prügel hat man noch nie jemanden zur Liebe gezwungen, auch nicht zur Vaterlandsliebe. Die Fabel vom Wettstreit zwischen dem Wind und der Sonne, in dem der Wind auch als Sturm den Wanderer zur Ablegung seines Mantels nicht zwingen konnte, wohl aber schon ein wenig Wärme der Sonne - diese lehrreiche Fabel gilt auch für die deutsche Politik. Auch gelinde Mecht ist gross. Aber Prügelpädagogen verstehen das nicht.

Ja, wir leben in einer merkwürdigen Zeit. Da hat ausgerechnet in diesen Tagen Dr. Karl Friedrich v. Siemens als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemensgesellschaft bei Gelegenheit der ordentlichen Generalversammlung von Siemens & Halske an die Gewerkschaften ein Angebot zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft gerichtet. Ausgerechnet in diesen Tagen, in denen unaufhörlich Gerüchte umherschwirren, die Reichsregierung wolle einen Kommissar für die Gewerkschaften einsetzen, auf deutsch: die Gewerkschaften unter Kuratel stellen. Die Gewerkschaften sind freie Vereinigungen. Ein Kommissar - das wäre nichts anderes als ein erster Schritt zur Entmündigung.

Wir verstehen sehr gut, warum Herr v. Siemens die Frage der Arbeitsgemeinschaft aufrollte; denn für jeden denkenden Menschen ist klar, dass eine Regierung, die in eine Kampfstellung gegen die Gewerkschaften hineingeraten würde, sich selbst die so dringend notwendige Arbeit zur Belebung der Wirtschaft und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit aufs äusserste erschweren müsste. Aber allem Anschein nach soll nun auch noch ein Kampf gegen die Gewerkschaften einsetzen. Von den christlichen Gewerkschaftsorganen wird jedenfalls der Empfang der Delegierten der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation bei Hitler in diesem Sinn gedeutet. Bisher, so betont "Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, wurde von nationalsozialistischer Seite stets erklärt, dass die NSBO nur eine parteipolitische Aufgabe habe und keineswegs daran denke, Gewerkschaftsersatz zu sein. Jetzt höre man schon wesentlich andere Auslassungen. Nun werde den Gewerkschaften, auch Teilen der christlichen Gewerkschaften der Kampf angesagt, wenn sie kein nationalsozialistisches Kleid anziehen. Jetzt bezeichnet sich die NSBO schon als die Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft. Wenn sich die Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Arbeitgebertum behaupten wolle, dann könne das nicht durch eine noch grössere Zersplitterung der Arbeitnehmerorganisationen geschehen.

Will die NSDAP mit ihrer Betriebszellenorganisation versuchen, unter Ausschaltung der Gewerkschaften ein faschistisches System einzuführen? Wir sind gespannt, was die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu alle

dem zu sagen hat. Der Ruf nach einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften und die Drohung mit dem faschistischen Gewerkschaftssystem - das passt wirklich nicht zusammen.

-----

SPD. Die Betriebsrätewahl bei den Berliner Elektrizitätswerken (Bewag) und den städtischen Gaswerken brachte folgendes Resultat:

Bei der Bewag gab es diesmal drei Listen, während es 1931 bei der letzten Wahl nur eine freigewerkschaftliche Liste gab. Es erhielten bei ca. 3 500 Beschäftigten von 3 320 abgegebenen Stimmen die Freigewerkschaften 3 034 Stimmen, Kommunisten 156 Stimmen, Nazis 83 Stimmen, Ungültig 47 Stimmen.

Sämtliche 16 Mandate fallen wieder den freien Gewerkschaften zu.

Bei den städtischen Gaswerken, die früher zeitweise unter kommunistischer Vorherrschaft gestanden haben, ist seit 1931 insofern eine Veränderung eingetreten, als die Belegschaftszahl erheblich zurückgegangen ist. Damals standen sich nur zwei Listen gegenüber, während diesmal auch die Nazis auftraten. Das Ergebnis sieht so aus: Wahlberechtigt 4 237 (1931 = 4 670), abgegebene Stimmen 3 837 (4 208). Es erhielten die Freigewerkschaften 2 352 (2 399), Kommunisten 1 298 (1 772), Nazis 161 (0), Ungültig 26 (37). Mandatsverteilung: Freigewerkschaften 12 (10), Kommunisten 6 (8), Nazis 0 (-).

Das Ergebnis der Wahlen zum Angestelltenrat bietet folgendes Bild: Bei der Bewag waren wahlberechtigt 2 778 (2 715), es wurden abgegeben 2 547 (2 523) Stimmen. Es erhielten die Freigewerkschaften 1 916 (2 185), Komba (neutral, dem BBB angeschl.) 135 (255), GdA 38 (69), Nazis 443 (-), Ungültig 15 (14). Mandate: Freigewerkschaften 12 (13), Komba 0 (1), Nazis 2 (0).

Bei den städtischen Gaswerken waren für die Wahlen zum Angestelltenrat wahlberechtigt 2 240 (2 272); abgegeben wurden 2 065 (2 097) Stimmen. Es erhielten die Freigewerkschaften 1 151 (1 358), Kommunisten 31 (131), Komba 459 (594), Nazis 413 (-).

Mandate erhielten die freien Gewerkschaften 7 (8), Komba 3 (4), Nazis 2 (0).

-----

SPD. Die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken hatte den Mantelvertrag für die Flaschenindustrie gekündigt, natürlich mit der Absicht, ihn zu verschlechtern. Die Abwehr der Gewerkschaften war jedoch erfolgreich. Bei den Verhandlungen in Hannover kam eine Vereinbarung zustande, wonach der alte Manteltarif bestehen bleibt. Für das Jahr 1933 wurde eine Urlaubsnotregelung getroffen, wonach es eine Urlaubsentschädigung von 70 Prozent gibt. Die Kündigungsfrist wurde auf 7 Tage festgesetzt. Mit dieser Regelung ist beiden Tarifparteien gedient.

-----

SPD. Die Geburtenstatistik von Baden zeigt, dass selbst in dem ländlichen und zu zwei Drittel katholischen Baden die Geburten ständig zurückgehen. Geradezu sprunghaft ist der Rückgang vom Jahre 1930 auf 1931: 45 405 Geborenen des Jahres 1930 stehen 41 699 Geborene im Jahr 1931 gegenüber. Der Rückgang beträgt 8,2 %. Eine Folge der Not der Krisenjahre!

-----

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 18

Berlin, den 2. März 1933

## Ehe und Beruf.<sup>x</sup>

-----

SPD. Gerade in unsrer Zeit, in der man den Frauen das Recht auf Berufe streitig machen will und viel von Doppelverdienern spricht, mehren sich die Stimmen von Frauen, die erklären, sie wollten gar nicht berufstätig sein. Sie wollten viel lieber heiraten. Kürzlich überschrieb eine Frauenzeitung ihr diesbezügliches Preisausschreiben: "Alle Mädchen wollen heiraten". Dieser Wunsch ist unstreitbar berechtigt. Aber überlegen denn diese Mädchen alle gar nicht, dass wir einen Überschuss von zwei Millionen Frauen haben? Selbst wenn sie alle gern heiraten möchten, wen sollen sie denn heiraten? Luther hat wohl ab und zu Doppelhehen zugestanden in ähnlicher Notlage. Aber welcher Mann wäre denn heute überhaupt - von der gesetzlichen Unzulässigkeit abgesehen - in der Lage, zwei Frauen zu unterhalten?

Vor noch nicht allzu langer Zeit, als die Notlage nicht so gross war wie heute, war die Frage, ob die Frauen das Recht auf Berufsausbildung und Berufsausübung haben sollten, heftig umstritten. Zwar hat man diese Berechtigung weder bei Fabrik- noch bei Heimarbeiterinnen je bestritten. Die Forderung "Die Frau gehört ins Haus" galt wohl mehr für die Frauen höherer Stände. Aber auch ihre Not war gross. Am besten hat Gabriele Reuter sie in ihrem heute leider fast vergessenen Roman "Ein Mädchen aus guter Familie" geschildert. In der Sphäre jener guten Familien galt es fast als Schande, wenn ein Mädchen sich für einen Beruf ausbilden wollte. Selbst für den Beruf der Erzieherin gab es kaum eine Möglichkeit. Staatlich angestellte Lehrerinnen gab es nur in den untersten Mädchenklassen. Selbstverständlich hatte aber jeder Sohn das Recht auf Berufsausbildung. Die Tochter besuchte die höhere Mädchenschule, kam, wenn es gut ging, noch in eine Pension, möglichst in der Schweiz, und dann wurde sie "ausgeführt". Bald fand sich auch, wenn sie einigermaßen hübsch war, ein Herrlichster von allen, der ihr den Kopf verdrehte. Aber was tun, wenn die entsprechende Mitgift fehlte? Der Offizier, der mittlere Beamte durfte nur heiraten, wenn seine Braut eine entsprechende Mitgift besass. Fehlte die, dann war es aus mit der grossen Liebe. Der Angebetete zog sich zurück. Das Mädchen wartete weiter, schraubte ihre Ansprüche mehr und mehr zurück. Dann aber kam der Augenblick, wo sie sich sagen musste: "Nun ruhen alle Wälder". Sie sass zu Hause, machte Handarbeiten; hatte sie verheiratete Brüder oder Schwestern, dann war sie bald eine wohl willkommene, aber unbezahlte Hilfe. Sie pflegte Kranke, half bei den Vorbereitungen zu Gesellschaften, ohne selbst zugezogen zu werden. Das war der Boden für die bekannte und berüchtigte Hysterie. Es erschien deshalb als Erlösung, als die ersten Vorkämpferinnen begannen, darauf hinzuweisen, dass der Verstand der Mädchen nicht geringer sei als der der Söhne, dass das Recht auf gute Bildung kein Vorrecht der Männer sein dürfte, dass auch die gut ausgebildete Frau ihrem Manne eine gute Gefährtin, ihren Kindern eine verständnisvolle Mutter sein würde. Helene Lange gründete die ersten Gymnasialkurse. Ihnen folgten die Mädchengymnasien. Schliesslich öffneten die Universitäten, wenn auch zuerst widerwillig, den Frauen ihre Tore. Die Schwäbin Mathilde Weber forderte Aerztinnen für Frauen und Kinder, und nach und nach erschien es fast selbstverständlich, dass die Mädchen sich für Berufe

aller Art ausgebildeten, und niemandem fiel es ein, ihnen die Berechtigung zu bestreiten. Anstelle der unfrohen verblühten Töchter aus guten Familien sah man fröhliche, befriedigte Gesichter. Die "alte Jungfer", das Schreckgespenst aller Zeiten, verschwand.

Aber schon mehren sich die Stimmen, die die Rückkehr der Frau ins Haus fordern. Was gut ausgebildete Frauen in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit bedeuten, wie viele von ihnen heute die Sorge für die ganze Familie auf sich nehmen, davon wird selten gesprochen. Allerdings denken die Mädchen, die sich auf ihrem Beruf in die Ehe sehnen, nicht darüber nach, dass doch die Ehe an sich noch längst nicht glücklich macht. Der Haushalt hat sich geändert. Die Frau braucht tausenderlei Arbeit nicht mehr machen, die ihre Zeit früher in Anspruch nahm. Die Frage der Mitgift, über die so einfach hinweggegangen wird, spricht in unsrer Zeit der Not sicher genau so mit wie früher. Da die Mädchen nach der Heirat nicht mehr berufstätig sein wollen, erhebt sich die Frage, wie viele Männer den Unterhalt einer Familie heute bestreiten können. In einem Preisausschreiben befindet sich der Brief eines Fräulein Doktor beider Rechte. Sie hat einen Freund. Arbeiten will sie nur, bis sie heiraten kann. Ihren Beruf will sie möglichst schnell aufgeben. Ihr Beruf interessiert den "Freund" ebenso wenig, wie sie der seine. Was soll ihr die Ehe geben? Wird nicht eine grosse Leere entstehen? Jeder der Ehepartner wird eigene Wege gehen. Der Mann wird, wie üblich, weiter arbeiten. Was, ist der Frau gleichgültig. Was wird sie selbst in den unausgefüllten Stunden treiben? Selbst kleine Kinder können ja die Zeit nicht ausfüllen.

Die Berufsausbildung soll das junge Mädchen, ob es nach der Heirat noch berufstätig bleibt oder nicht, befähigen, seine Stellung als Frau zu verbessern. Die Berufstüchtigkeit wird sicher ein Gewinn für sie und ihren Lebensgefährten, schon deshalb, weil jeder dem andern viel zu geben hat, auch auf geistigem Gebiete. Probleme und Konflikte bringt jede Ehe. Die leichtere Möglichkeit zu gemeinsamer Lösung ist in jedem Falle ein Gewinn.

Anna Flos.

---

### Chinesische Liebesbriefe.<sup>x</sup>

---

SPD. Chinesische Liebesbriefe, der Phantasie europäischer Dichter ein lyrisches Spiel von Schwänen, Pfirsichblüten und Schmetterlingen, sind, wenn man genauer zuschaut, nicht weniger starr in ihren Formen wie alles, was China, an alten Sitten und Gebräuchen offenbart. Auch hier ist die Zeit stehen geblieben, und wenn heute der Sturm neuen Werdens über die jahrtausendalte chinesische Mauer fegt, so gibt es verlorene Teile und Provinzen des riesengrossen Reiches, die umso strenger an der Vatersitte festhalten. China ist nicht das Land der Ostküste allein, die in jahrhundertelangen Kämpfen mehr und mehr durch ihre Häfen abendländischem Denken geöffnet ward. Noch vollzieht sich innerhalb des Landes das Liebesleben in den alten gebräuchlichen Formen, verschiedenartig durch Landschaft und Geschlecht, aber gleich bleibend im einmal angenommenen Ausdruck.

Nicht der Liebhaber, sondern der Vater des Liebhabers beginnt den Briefwechsel. Er schreibt dem Vater der Angebeteten seines Sohnes:

"Die Sonne ist längst aufgegangen, und die Helle ihrer Strahlen beleuchtet das Haus, in dem die Schöne wohnt. Auch diese selbst hat jetzt, gleich der Sonne, bereits ihr Lager verlassen und sich in Gewänder gehüllt, die ihren Rang, ihrer Lebensstellung und der Tageszeit entsprechen. In der Tat, die ganze Natur hat ein herrliches Kleid angetan, und alle Geschöpfe paaren sich, dem Gebote der Natur folgend. Ich schreibe diesen Brief, um Ihnen einen

Beweis meiner Achtung und Ergebenheit zu liefern. Gestatten Sie mir daher, mein verehrungswürdiger Verwandter, Ihnen ergebenst Glück zu wünschen! Ihre ehrenwerte Familie bewohnt seit sehr langer Zeit Seng-Wun und Jut-Hoi, wo ihre geachteten Mitglieder sich immer durch hohe literarische Bildung ausgezeichnet haben; denn ihre Abhandlungen sind in einem nahezu unvergleichlicher Stil geschrieben. Namentlich der Essay Ihres Sohnes hat ihm zu grossen literarischen Ehren verholfen. Auch Ihr eigener Rang ist hoch. Was mich betrifft, so bin ich von Jugend auf träge und arm gewesen, und mein Rang ist weit ehrenvoller, als ich es verdiene. Ihre Tochter ist sanftmütig und tugendhaft, während mein Sohn schwachgeistig und ihrer unwürdig ist. Die Geschenke, die ich Ihnen sende, sind sehr gewöhnlicher Art und wertlos".

Die Antwort des Brautvaters lautet darauf:

"Der Winter hat begonnen, und die Wildgänse fliegen in grossen Schwärmen umher. Die Peng-tje knospt, und bald werden ihre Zweige dicht mit Blumen bedeckt sein. Heute fängt das zweite Winterviertel an, und ich habe aus diesem Anlass Ihre Geschenke mit warmem Danke angenommen. Es tut mir sehr leid, Ihnen keine ähnlichen anbieten zu können, denn sie gleichen dem Kostbarsten, was ich bisher erhalten habe. Ich erlaube mir, Ihnen achtungsvollst zu gratulieren, mein verehrungswürdiger Verwandter! Ihre ehrenwerte Familie hat einst in der Provinz Fokien gewohnt, ist aber jetzt in der Hauptstadt der Provinz Kwangtung angesiedelt. Ihr erhabener Name war in Kougha berühmt, und die Gelehrten von Inphang haben Ihre zahlreichen Tugenden hoch gepriesen. Auch Ihre Sitten sind beispiellos und sanft wie ein Hauch. Ich aber bin so arm, dass ich mich nicht ernähren kann. Ihres Sohnes hochgebildeter Geist ist erhaben wie der Himmel über der Erde. Meine Tochter aber wurde in einer ärmlichen Hütte geboren und hat keinen Unterricht genossen. Sie war hoch erfreut, zu hören, dass Sie wünschen, ich möge mich bereit erklären, sie mit Ihrem Sohne zu verheiraten."

Bei den Hochzeitsformalitäten überbringt der Freund des Bräutigams einen roten, goldgeränderten Brief, den der Vater des Verlobten an den Vater der Braut richtet. In diesem Briefe wird das Mädchen aufgefordert, sich in die Säufte des Bräutigams zu setzen und sich in ihr neues Heim tragen zu lassen. Der Brief lautet:

"Dringend! Einst war es üblich, dass der Bräutigam sich ins Haus seiner Braut begab, um sie in ihr neues Heim zu geleiten. Gegenwärtig jedoch herrscht der Brauch, dass der Vater des Bräutigams dem der Braut einen Brief schreibt, in welchem er ihn bittet, die Braut eiligst in das Haus ihres künftigen Herrn zu schicken. Da diese Sitte eine viel allgemeinere ist, bitte ich Sie, mir zu gestatten, dass ich sie bei dem vorliegenden Anlass zur Anwendung bringe. Mein Sohn erwartet im Zeremoniensaal Ihre Tochter, um sie zu empfangen. Möge Ihnen hundertjähriger Friede zuteil werden! Mögen Sie fünf Generationen hindurch gedeihen!"

Drei Tage nach der Hochzeit schreibt der Vater des jungen Ehemanns abermals einen Brief. Er ist an die Manen seiner Vorfahren gerichtet und wird im Ahnensaal nach einem Trankopfer verlesen. Es heisst darin:

"Mein Sohn hat geheiratet, und alle mit der Hochzeitsfeier verbundenen Zeremonien sind gebührend beobachtet worden. Ich befehle nunmehr ihm und seiner Gattin, euch anzubeten, und ich hoffe, euch günstig zu stimmen und euch veranlassen zu können, ihnen Glück und Segen zu geben."

Am vierten Tage nach der Vermählung werden die Hochzeitsgäste zu einem Diner geladen. Diesen Einladungsbrief schreibt der Ehemann:

"An den ausgezeichneten Literaturkenner, den verehrungswürdigen Erstgeborenen, der an seinem Studiertische sitzt:

Am nächsten Tage des laufenden Monats soll dein jüngerer Bruder seine Braut empfangen. Am siebenten Tage werden die Weinbecher gereinigt und instand gesetzt. Am zehnten Tag wird Wein eingeschenkt werden, und dein jünge-

rer Bruder wird sich erkünnen, deinen Wagen an sein armseliges Heim heranzuziehen, damit er sich deines Gespräches erfreue und bei der Anordnung der Zeremonien deines Beistandes teilhaftig werde. Deine glanzvolle Anwesenheit bei den Zeremonien wird erbeten; zu welcher erhabener Herrlichkeit wird uns deine Gegenwart verhelfen!

Von dem am Abend geborenen

Ho Kau,

der sein Haupt zur Erde neigt und seine Huldigung darbringt."

Trotz all dieser Höflichkeitsformeln geschieht eine Scheidung sehr schnell und ohne viele Umstände, und während vorher die Frau "sanftmütig und tugendhaft" genannt wurde, nimmt nun derjenige, der sich zuvor in übertriebene Bescheidenheit als "schwachsinnig und ihrer unwürdig" bezeichnet hat, das Recht für sich in Anspruch, einen Scheidebrief von der Art des folgenden aufzustellen:

"Meine zweite Gattin, Wong Aheong, war in der Erfüllung aller ihrer häuslichen Pflichten höchst nachlässig, und ich habe ihr diesen Fehler wiederholt vorgehalten. Da ich an ihr keine Zeichen der Besserung beobachtete, finde ich, Kwan Hang, dass es meine schmerzliche Pflicht ist, sie infolge ihres Ungehorsams von mir zu entfernen. Es steht ihr daher von nun an frei, die Gattin eines anderen zu werden. Sollte sie aber die Maitresse eines anderen werden, so liegt es in meiner Macht, sie ergreifen und vor einem der Gerichtshöfe dieser Stadt anklagen zu lassen, damit sie ins Gefängnis komme. Ferner erkläre ich ausdrücklich, dass von welcherlei Missgeschick diese Frau Wong Aheong auch immer getroffen wird, ihre Eltern oder Vormünder keine Ansprüche an mich haben. Urkundlich dessen schreibe ich diesen Scheidungsbrief und händige ihn der Wong Aheong aus.

Am sechzehnten Tage des sechsten Monats".

Dieser sehr bündige Abschiedsbrief an seine Frau, die einstmals in so blumigen Worten umworben wurde, zeigt, dass auch der dickste "Zopf" die Höflichkeit des Herzens nicht ersetzen kann!

Walter Meckauer.

-----  
Zeitgemässe Kochkunst.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Vielleicht weiss die eine oder andere meiner Leserinnen noch von der schönen Zeit zu erzählen, da sie zum ersten Male, mit einer riesigen Küchenschürze angetan, unter den Pittichen einer besorgten Mutter oder Tante am Kochherde stand, um irgend ein Gericht aus einer seltsamen teigartigen Masse hervorzuzaubern? - Ja, das waren vergnügliche Zeiten! Auf dem Küchentische lag ein vergilbtes Kochbuch, aus dem schon wenigstens zwei Generationen von Frauen die Geheimnisse der schmackhaften Kunst neu entdeckt hatten, und fand man sich einmal nicht zurecht, oder misslang trotz aller Mühen eine Speise, so sprang sofort irgendein hilfsbereiter Schutzgeist in die Bresche und machte das Uebel mit "ein büschen Salz und ein büschen Zucker" geniessbar. Fragte man dann aber erleichtert und neugierig, wieso denn ein Gericht trotz peinlichster Beobachtung des im Kochbuche angegebenen Rezeptes misslingen könne, dann breitete sich ein wohlgefälliges Lächeln auf dem Antlitz der Rettin aus Küchennöten aus, und es folgte eine wohlgesetzte, kleine Ansprache, etwa folgenden Inhalts: "Mein liebes Kind, merke Dir ein für allemal, dass ein Gericht erst dann wirklich gut wird, wenn Du in den Fingerspaczen fühlst, wieviel Du nehmen musst! Ein Kochbuch - ja, sehr schön! Aber das ist nur die Grundlage! Die Hauptsache beim Kochen ist das feine Gefühl!"

"Kocher mit Gefühl!" Ein Klang aus alten Zeiten, der nicht mehr recht in unsere Gegenwart passen will. Denn auch die Kochkunst ist von der grossen Re-

volution auf allen Gebieten nicht verschont geblieben. Wenn Wirtschaft und Technik nach Leibeskräften rationalisieren, wenn sogar der Haushalt nach den Grundsätzen eines modernen Betriebes und garnicht mehr wie früher nach Gutdünken geleitet wird, weshalb sollte dann das Kochen eine Ausnahme machen? Und so gibt es auch auf diesem Gebiete heute Lehrsätze, wie man sie früher nur in der Mathematik büffeln musste. Ja, es gibt noch viel mehr: Der moderne Kochunterricht kennt, wenn er ganz zeitgemäss ist, Formeln, Typen, Tabellen, auf die jede Wissenschaft stolz sein könnte. Wenn Du also in Zukunft, verehrte Leserin, hübsche, junge weibliche Wesen, mit Kochhäubchen und Schürze angetan, geheimnisvolle Sprüchlein murmelnd am Kochherde antriffst, so wundere Dich nicht, denn diese Beschwörungsformeln sind die Grundlage der modernen Kochkunst!

Aber Scherz beiseite! Es hat natürlich manches, ja, sehr viel Gutes, wenn wir heute zu Revolutionärinnen auch auf diesem Gebiete geworden sind. Zunächst ist alles sehr übersichtlich geworden: Man lernt - so fordert es eine Methode - etwa 150 Handgriffe (Kuchenrühren, Schneeschlagen usw.), bis man sie tadellos beherrscht. Dabei wird (a) das Handwerkszeug in der Küche gründlich gezeigt, (b) den küchensprachlichen Ausdrücken erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Küchensprache? - Ja, natürlich! Oder ist es etwa so einfach, zu wissen, was Topfen und Krapfen und Nockerln sind, um nur ganz wahllos einige österreichische Gerichte herauszugreifen? Und woher kann ein harmloses süddeutsches Gemüt ahnen, dass das norddeutsche "bunte Huhn" nicht das Geringste mit dem bekannten eierlegenden Tier des Hühnerhofes zu tun hat, sondern ein sehr wohl-schmeckendes Gemisch aus weissen Bohnen und Mohrrüben und vielleicht noch ein oder zwei andern Gemüsen ist? Aber auch die allgemein gebräuchlichen Ausdrücke - wie: Abziehen mit Eidotter, Mehlschwitze, sämig u.a. - sind für denjenigen, der zum erstenmale der Kochkunst entgegentritt, geheimnisvolle Begriffe, die sich erst klären müssen. Doch damit ist unsre neue Wissenschaft noch nicht erschöpft. Jetzt geht es vielmehr an den Kernpunkt heran: Kenntnis der Materialien und Lebensmittel im Rohzustand, Prüfung ihrer Güte, Einkaufsregeln, Verwendungsregeln. Dann als 2. Punkt: Kochvorschriften! Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man etwa 150 Rezepte als bescheidenes Wissen einer Hausfrau im Anfangszustand anerkennt.

"Und wenn die Frauen die 150 Kochvorschriften nun durcheinander werfen?" werden nun pessimistische Gemüter männlichen Geblüts einwenden. Keine Angst! Auch hier hat die moderne Kochkunst in weiser Voraussicht vorgesorgt! Nach dem neuen Kochlehreystem merkt man sich nämlich die Rezepte nicht mehr einzeln, sondern in Typen. So ist, um einige schmackhafte Beispiele zu wählen, gekochtes Pfirsichkompott der Typ für sämtliches Kompott in Zuckersaft, ob es sich nun um Aepfel, Pflaumen oder Birnen usw. handelt. Wenn man also die Grundregel kennt, dann braucht man nur in der Tabelle die Zahlen für Wasser, Gewürz, Zucker nachzusehen, um sämtliches Kompott bereiten zu können. Ganz genau so ist es mit Suppen, Tunken, Gemüsen usw. Man prägt sich den Typ einer "Grundsuppe" ein, und dann geht alles wie am Schnürchen, ob man nun Wirsing- oder Spinatsuppe, Sellerie- oder Blumenkohlsuppe kochen will.

Ist es ein Wunder, wenn durch eine solche Methode auch die schwierigsten Rezepte verhältnismässig leicht zu behalten und auszuführen sind? Wenn die Sache noch so verwickelt ist - auf jeden Fall findet sich ein Typ, der gleichsam den Schlüssel des Rätsels bildet. Voraussetzung ist allerdings, dass das Grundrezept bis in alle Einzelheiten erklärt und eingepägt wird. Wenn es dann aber "sitzt", ungefähr wie eine Gedächtnisstrophe bei einem besonders gefürchteten Lehrer, die man im Schlafe hersagen konnte, dann - freut Euch, Ihr alle, die Ihr Köchinnen seid oder es werden wollt - ist das Spiel gewonnen!

So ist das Kochen in unsrer Zeit ganz zweifellos zu einer geistigen Aufgabe geworden, der man mit wissenschaftlichen Mitteln zu Leibe rückt. Und das Gesicht unsrer Kochbücher wird sicherlich bald kaum wiederzuerkennen sein, denn

an die Stelle des gemütlich auffordernden "man nehme.." sind jetzt Zahlen und knappe Lehrsätze getreten. Nur bleibt noch abzuwarten, wie die neuen Gerichte schmecken, denn, abgesehen vom Nährwert, auch darauf kommt es schliesslich an! Eins aber darf heute schon gesagt werden; So sehr die Revolution in der Kochkunst einesteils zu begrüßen ist, weil sie vieles vereinfacht und vor allem den Frauen, die aus ausserhäuslichen Berufen kommen, die notwendigen Kenntnisse rasch vermittelt, so unentbehrlich ist doch auch bei der neuen Methode ein Quäntchen dessen, was nicht in den Tabellen zu finden ist. Wir brauchen es ja nicht wie unsre Grossmütter "Gefühl" zu nennen - die Hauptsache ist, wenn wir es als letzte Krönung aller Kenntnisse haben und anwenden können: den feinen Instinkt, das leise Prickeln in den Fingerspitzen, das darüber entscheidet, wie auch das billigste und einfachste Gericht hübsch aussehen und gut munden kann.

M.

---

### Der blamierte Herzensdieb.<sup>X</sup>

---

SPD. Während sich kürzlich Annabella, die schöne französische Filmschauspielerin, in Berlin aufhielt, gab es natürlich wieder eine Menge reicher Müsiggänger, die ihr den Hof machten. Darunter befand sich auch der älteste Prinz aus der Nebenlinie eines deutschen, ehemals regierenden Fürstenhauses; nennen wir ihn der Einfachheit halber Ferdinand. Wie ein Vernarrter lief er hinter der Diva her, die in einem Hotel Unter den Linden Wohnung genommen hatte, doch bedauerlicherweise von dem jungen Herrn nichts wissen wollte, sondern einem Regisseur den Vorzug gab, der ihr versprochen hatte, sie mit nach Hollywood zu nehmen.

Aber Prinzen lassen sich ja nicht so einfach abweisen. Wozu haben die Ahnen jahrhundertlang regiert! Wie ein Detektiv folgte Ferdinand der Angebeteten überallhin, sass stundenlang im Foyer des Hotels und wartete, sodass es ihr schliesslich lästig wurde. Das blaue Chrysler-Kabriolett der Diva stand jeden Tag startbereit vor dem Hotel, und zwar steuerte sie selbst. Mit einem Nachschlüssel öffnete Ferdinand das Kabriolett, setzte sich hinein und wartete in aller Gemütsruhe.

Als die Diva Abends zu einer Verabredung mit dem Regisseur fahren wollte und in ihren Wagen stieg, knallte Ferdinand die Türe zu und fuhr mit seiner Diva auf und davon. Er erklärte ihr, dass er sie heiraten und zunächst mit ihr auf sein Gut nach Schlesien fahren wolle.

Aber die Beiden kamen nur bis nach Friedrichsfelde, wo der Benzinvorrat zu Ende ging. An der Tankstation liess die kalthlütige, tief beleidigte Diva den Prinzen als Autodieb verhaften. Fatal, sehr fatal!

Marim.

---

SPD. Billiges Vergnügen.<sup>X</sup> Ein Schotte fragte einen andern: "Warum gehst du nie mit Mary ins Kino?"

"Das ist mir zu teuer."

"Wieso zu teuer? Mach es doch wie ich: Triff dich mit ihr im Kino!"

---